



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Finanzielle Beteiligung des Landes an einer Erweiterung des Hamburger Verkehrsverbunds (HVV)

1. Falls sich der Kreis Steinburg bzw. der Zweckverband ÖPNV Steinburg oder die Städte Lübeck oder Neumünster dem HVV anschließen wollen, würde die Landesregierung die damit verbundenen Mehrkosten ganz oder teilweise aufbringen?

Antwort:

Nein.

2. Wenn keine entsprechende Zusage gegeben wird, wie rechtfertigt die Landesregierung verfassungsrechtlich die finanzielle Ungleichbehandlung der möglichen Beitrittskandidaten im Vergleich zu den Kreisen des Landes, die dem HVV bereits angehören? Es wird gebeten, dabei sowohl die Möglichkeit einer vollständigen Landesfinanzierung von Neumitgliedschaften als auch die Möglichkeit, die schon bisher gezahlten Zuschüsse gleichmäßig auf alle zukünftigen HVV-Mitglieder zu verteilen, in Betracht zu ziehen.

Antwort:

Die Landesregierung sieht keinen rechtlich begründbaren Anspruch auf Beitritt zum HVV.